

Antrag

der Abgeordneten Walter Hirche, Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Marktwirtschaftliche Orientierung statt staatlicher Preislenkung im Stromsektor

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Liberalisierung und Deregulierung der Strommärkte, die mit der Energierechtsnovelle 1998 eingeleitet worden ist, hat den Standort Deutschland gestärkt. Vor allen Dingen die Industrie, aber auch die privaten Haushalte haben von den hohen Liberalisierungsdividenden profitiert. Preisrückgänge von 25 bis 50 % sind bei den Industriestrompreisen erzielt worden. Privathaushalte haben mit einer Minderung der Stromkosten von bis zu 9 % rechnen können.

Der Positivtrend ist von der rot-grünen Bundesregierung unterbrochen worden. Im Jahr 2001 sind die Industriestrompreise und die Strompreise für Privathaushalte erstmals seit 1998 wieder angestiegen. Neben den steigenden Kosten für Kohle und Erdgas waren die stufenweise Erhöhung der Stromsteuer, deren Regelsatz von 1,28 ct/kWh in 2000 auf 1,53 ct/kWh angestiegen ist, sowie die Zusatzbelastungen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Mehrwertsteuer ausschlaggebend. Der Trend für 2002 zeigt, dass mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist. Ausschlaggebend wird auch in 2002 das Erneuerbare-Energien-Gesetz sein, dessen Subventionsvolumen sich bis 2010 auf über 4 Mrd. Euro verdoppeln wird.

Für den Zeitraum von 2000 bis 2005 wird für den deutschen Energiemarkt ein Anstieg der Gesamtsubventionen um 27 % auf 7,2 Mrd. Euro prognostiziert, obwohl im selben Zeitraum die Subventionen für die deutsche Steinkohle um 35 % auf 2,8 Mrd. Euro abgesenkt werden. Insgesamt werden die Subventionen bis 2010 insbesondere aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes auf ca. 13 Mrd. Euro steigen. Das entspricht einer Steigerung um 400 %.

Die tiefgreifenden Strukturveränderungen, die durch den Kernenergieausstieg, die „ökologische“ Steuerreform und die Förderung der erneuerbaren Energien sowie durch der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung vollzogen worden sind, werden zu einer Marktabschottung von bis zu 40 % führen. Damit ist es zu einer Re-Regulierung gekommen. Das Ziel eines völlig geöffneten Strommarktes hat

die jetzige Bundesregierung konterkariert. Die Liberalisierungsdividende von ca. 12 Mrd. DM ist durch ihre Politik weitestgehend verbraucht. Die Bundesregierung verzögert darüberhinaus den notwendigen Abbau der Steinkohlesubventionen. Von den im „Energiedialog 2000“ vereinbarten energiepolitischen Ziele zur Erreichung subventionsfreier Energieversorgungsstrukturen ist sie weiter denn je entfernt.

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Die staatliche Preislenkung wird abgeschafft. Stattdessen wird die Stärkung des Wettbewerbs und die Reduzierung staatlicher Eingriffe durchgesetzt, insbesondere durch

1. eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes mit dem Ziel, den starken Subventionsanstieg zu bremsen und die Sonderlasten für den Standort Deutschland zu reduzieren,
2. den Eintritt in Verhandlungen mit dem Ziel der Halbierung der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle bis 2005 und der verbindlichen Festlegung eines Endes jeglicher Subventionierung der deutschen Steinkohle nach 2005,
3. die Einstellung der Mittel zur Förderung der erneuerbaren Energien in den Bundeshaushalt mit dem Ziel, diese wettbewerbsneutral und transparent zu gestalten und eine Überwälzung auf die Energiepreise zu verhindern,
4. die Abschaffung der so genannten Ökosteuer, die keine positive umweltbezogene Lenkungswirkung hat und die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland schwächt.

Berlin, den 19. Februar 2002

Walter Hirche
Rainer Brüderle
Paul K. Friedhoff
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth),
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb

Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion